

15. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Schluss mit Fallenstellerei!

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Schutz, die Hege und Jagd wildlebender Tiere im Land Berlin (Landesjagdgesetz Berlin – LJagdG Bln)

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Schutz, die Hege und Jagd wildlebender Tiere im Land Berlin (Landesjagdgesetz Berlin – LJagdG Bln)

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Das Gesetz über den Schutz, die Hege und Jagd wildlebender Tiere im Land Berlin (Landesjagdgesetz Berlin – LJagdG Bln) vom 3. Mai 1995 (GVBl. S. 228), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Oktober 2001 (GVBl. S. 540), wird wie folgt geändert:

§ 22 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

Fanggeräte im Sinne von §19 Abs. 1 Nr. 9 des Bundesjagdgesetzes dürfen nicht verwendet werden.

Artikel II

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Begründung:

Sowohl die Fangjagd mit Totschlagfallen als auch mit Lebendfallen hat in unserer dichtbesiedelten Landschaft keine Existenzberechtigung mehr. Aus Tier- und Artenschutzgründen, jedoch auch aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, ist ein Verbot überfällig. Nach dem Bundesjagdgesetz sind Fallen zugelassen, die entweder sofort töten oder unversehrt fangen. In der Praxis wird diese Forderung an die verwendeten Fanggeräte selten erfüllt. Erfahrungsgemäß geraten Tiere in Fangeisen, die nicht für sie vorgesehen sind. Sie werden durch die zusammenschlagenden Fallenbügel nicht sofort getötet, sondern leiden schwer verletzt bis zum Auftauchen des Fallenstellers. Nicht selten geraten auch Tiere in Fallen, die Schonzeit haben, gar nicht jagdbar sind oder vom Aussterben

bedroht sind. Auch in Lebendfallen leiden gefangene Wildtiere unter Angst und Stress und kommen nicht selten durch panikartige Fluchtversuche in der Falle ums Leben.

Zudem stellen Fallen ein nicht zu unterschätzendes Gefahrenpotenzial für Menschen und ihre Haustiere dar.

Berlin, den 10. Dezember 2002

Dr. Klotz Wieland Hämmerling
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen